



Der Steuerzahler Spezial



**Jagdschein über den
EU-Corona-Fonds**

**Das alles
zahlt die EU**



Das alles zahlt die EU

Jagdschein über den EU-Corona-Fonds



Als die Corona-Pandemie vor drei Jahren ausbrach, schuf die EU in Windeseile einen Corona-Wiederaufbaufonds, der zugleich das größte Konjunkturprogramm in der EU-Geschichte sein sollte. Er ist beides nicht, sondern eher die größte Mogelpackung in der EU-Geschichte. Das zeigt ein Blick auf die von den nationalen Regierungen ausgearbeiteten „Aufbaupläne“ und die inzwischen erfolgten ersten Auszahlungen der EU-Kommission.

Insgesamt umfasst der als „Aufbau- und Resilienzfazilität“ bezeichnete Corona-Fonds ein Volumen von 724 Mrd. Euro. Davon wurden bis zum Frühjahr 2022 weniger als 10 Prozent tatsächlich ausgezahlt. Der coronabedingte Konjunkturreinbruch war zu diesem Zeitpunkt aber bereits überwunden. Weitere Fonds-Auszahlungen wirkten also eher prozyklisch. Auch die Anteile der Mitgliedstaaten am Fonds-Budget hatten nie einen großen Konjunkturbezug. Von den 338 Mrd. Euro des Fonds, die reine Geldgeschenke sind, wurden nur rund 100 Mrd. Euro auf die Mitgliedstaaten entsprechend ihres coronabedingten BIP-Rückgangs zugeteilt. Die übrigen 228 Mrd. Euro wurden nach anderen Kriterien, wie Einwohnerzahl und Prokopf-Einkommen, verteilt. Der Rest des Fonds, rund 386 Mrd. Euro, besteht aus EU-Krediten, die die Mitgliedstaaten ohne jeden Konjunkturbezug beanspruchen können,

dann aber auch selbst zurückzahlen müssen. Wie zu erwarten, ist dieser Fondsteil bislang kaum und von vielen Staaten noch überhaupt nicht genutzt worden. Bis Mitte Februar 2023 waren weniger als 50 Mrd. €, also lediglich 12 Prozent der bereitgestellten „Corona-Kredite“ abgerufen worden. Das überrascht auch nicht, weil die EU ja noch viele weitere Hilfsangebote bereithielt und die nationalen Regierungen angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase weiterhin günstige Verschuldungsmöglichkeiten haben. Geld war und ist in der Corona-Krise nie ein Problem gewesen.

Entgegen den politischen Ankündigungen hat der Wiederaufbaufonds auch nur einen geringen Corona-Bezug. Das zeigen die nationalen „Aufbaupläne“. Italien, das aus dem Fonds mit 192 Mrd. Euro mit Abstand den größten Anteil beansprucht, will davon nur knapp 16 Mrd. Euro in den Gesundheitssektor stecken. Spanien, mit 70 Mrd. Euro Fonds-Anteil auf Platz 2, hat ganze 1,1 Mrd. Euro für sein Gesundheitswesen vorgesehen. In Luxemburg, dem als kleinsten Land lediglich 93 Mio. Euro aus dem Fonds zustehen, sollen es 1,2 Mio. Euro sein. Damit wird u. a. ein Digitalregister der medizinischen Fachkräfte des Landes geschaffen, was ganz offensichtlich keine zwingende Corona- und EU-Aufgabe ist. Diese Eindrücke aus der aktuellen Umsetzungspraxis zeigen, dass es

weniger um Corona und Konjunktur, sondern um Kompetenzen der EU geht. 724 Mrd. Euro für die „Aufbau- und Resilienzfazilität“ sowie weitere 83 Mrd. Euro zur Verstärkung bestehender EU-Programme bilden jenes 807 Mrd. Euro Projekt, das die EU-Kommission blumig „NextGenerationEU“ genannt hat. Diese 807 Mrd. Euro verstärken den aktuellen EU-Haushalts 2021/2027 und verdoppeln ihn damit fast. Zudem wird „NextGenerationEU“ komplett über Kredite finanziert, die die EU-Kommission am Kapitalmarkt aufnimmt und die bis 2058 getilgt werden sollen. Die Kommission wird damit endgültig zum Schuldenmacher für den EU-Haushalt.

Der Blick auf die Programmdetails zeigt, dass durch „NextGenerationEU“ der EU-Haushalt auch endgültig zu einem Subventionshaushalt wird. Bei „NextGenerationEU“ geht es weniger um EU-Kernkompetenzen wie die Stärkung des Binnenmarkts, um transeuropäische Lösungen oder um die äußere Sicherheit,



sondern um Zuschüsse für überwiegend nationale Projekte. Schwerpunkte sind nach dem Willen der EU-Kommission die Bereiche Klima und Digitales. Das sind zweifellos wichtige Bereiche. Aber sie sind keineswegs neu und längst Teil bisheriger EU-Haushalte. Gerade der Klimawandel ist ein länderübergreifendes Problem, das eben nicht mit punktuellen Subventionen zu lösen ist. Hierfür ein Beispiel aus Luxemburg, das als einer der ersten Mitgliedstaaten seinen Aufbauplan der EU-Kommission vorgelegt hat und nach Portugal am schnellsten die ersten EU-Geldgeschenke überwiesen bekam: 24 Mio. Euro der EU und damit ein Großteil des Luxemburg-Pakets sollen in den sozialen Wohnungsbau fließen. Dort läuft seit Jahren ein Projekt zur Schaffung von preiswertem Wohnraum auf einem ehemaligen Industriegelände. Die EU-Gelder sollen nun die Solaranlagen finanzieren, die die Wohnungen „CO₂-neutral“ mit Energie versorgen. Das ist schön für die künftigen Bewohner, schön für die luxemburgischen Beamten, die unter Zeitdruck für die EU-Kommission passende Subventionsprojekte finden mussten und auch schön für die zuständigen Politiker, die vor Ort mit den Schlagwörtern „sozial“ und „nachhaltig“ punkten können. Doch im Gegenzug ist es schlecht für die „NextGenerationEU“, die nämlich die dafür fälligen EU-Kredite tilgen muss – im schlimmsten Fall erst in 30 Jahren, wenn die dortigen Photovoltaikanlagen abgenutzt und

austauschbedürftig sein werden. Und in gewisser Weise auch schlecht für den europäischen Klimaschutz. Denn Solaranlagen sind deutlich weniger effizient als andere Technologien wie etwa Windräder. Vor allem aber wäre der Klimaeffekt viel größer, wenn die EU-Kommission diese 24 Mio. Euro in die Modernisierung osteuropäischer Industrieanlagen gesteckt hätte. Oder wenn sie idealerweise eine Ausweitung des europäischen CO₂-Emissionszertifikatehandels massiver als bislang betreiben würde. Aber Solarpanels im sozialen Wohnungsbau haben politisch natürlich mehr Charme ...

„Digital“ ist das zweite Schlüsselwort bei „NextGenerationEU“. Auch hier Beispiele aus Luxemburg: Mit den EU-Geldgeschenken hat Luxemburg per Brief bei 40.000 Kurzarbeitern für eine kostenlose Teilnahme an Online-Weiterbildungen geworben. Doch weniger als 12.000 Kurzarbeiter haben das Angebot im Wert von 500 Euro auch genutzt. Mehr als 70 Prozent hatten kein

Interesse, was auch nicht überraschen kann. Fehlende Online-Weiterbildungen sind üblicherweise kein Grund für Kurzarbeit. Zwar können Online-Weiterbildungen durchaus sinnvoll sein, aber das ist dann keine Finanzierungsaufgabe für einen EU-Corona-Fonds.

Bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung verhält es sich ähnlich. Die Digitalisierung ist eine Kern- und Daueraufgabe der nationalen Politik. Gerade Luxemburg ist hier recht weit. Mit Guichet.lu existiert bereits ein umfassendes Onlineportal für Bürger und Unternehmen. Doch dank der EU-Geldgeschenke wird es jetzt sogar noch ausgebaut. Die Bürger sollen über dieses Onlineportal künftig auch Jagdgenehmigungen beantragen können. Das ist schön für angehende Jäger in Luxemburg. Aber es ist schlecht für alle anderen EU-Bürger, die auch für dieses vermeintliche Corona-Projekt früher oder später die Kredittilgung übernehmen müssen.

Matthias Warneke, warneke@steuerzahlerinstitut.de



Italien ist insgesamt betrachtet der größte Nutznießer des rund 800 Mrd. Euro schweren EU-Corona-Fonds („NextGenerationEU“). Fast 200 Mrd. Euro aus diesem komplett schuldenfinanzierten EU-Fonds sollen in den kommenden Jahren nach Italien fließen. Davon sind knapp 70 Mrd. Euro Zuschüsse, so dass Italien hier knapp hinter Spanien liegt. Hinzu kommen jedoch rund 123 Mrd. Euro an Krediten, die Italien aus dem Fonds beanspruchen kann.

Natürlich hat die EU-Kommission die Fonds-Auszahlungen an Bedingungen geknüpft. Und natürlich hat auch Italien umfangreiche Pläne ausgearbeitet und vorgelegt, die skizzieren, in welchen Bereichen der Geldsegen eingesetzt werden soll. Vieles davon klingt formal gut und richtig, ja so selbstverständlich, dass sich der Leser dieser Papiere fragen muss, warum Italien das nicht mit seinen regulären Staatsausgaben (jährlich fast 900 Mrd. Euro) finanziert.

So wird mit den Fonds-Geldern nun vielfach das finanziert, was Italien unterlassen hat, obwohl es sich um

originäre Staatsaufgaben handelt: der Ausbau der Schienenwege, die Instandhaltung von Verwaltungsgebäuden, Schulen, Museen, touristischen Sehenswürdigkeiten, Straßenbeleuchtungen, Häfen, Brücken, Klärwerken, Abwasser- und Entsorgungssystemen, aber auch die Digitalisierung der Verwaltung, die Beschaffung von Bussen, Bahnen, Feuerwehren, der Breitbandaus-

bau usw. Das alles wird jetzt entsprechend den von Italien vorgelegten Planungen mit Krediten bezahlt, die die EU-Kommission am weltweiten Kapitalmarkt aufnimmt und für die letztlich die europäischen Steuerzahler haften.

Doch die Verheißungen des EU-Corona-Fonds waren derart groß, dass Italien zwischen den vielen gerade genannten Ausgabebereichen auch einen Kessel Buntes zur Finanzierung vorgesehen hat. Im Tourismusbereich zum Beispiel: Das bedeutendste Golfturnier der Welt, der Ryder Cup, findet 2023 in Italien statt. Seine Ausrichtung soll mit Fonds-Geldern unterstützt werden, um das „Potenzial touristischer Großveranstaltungen voll auszuschöpfen“, wie es in den Papieren heißt. Aber auch das Tourismus-Online-Portal itala.it soll (mit 114 Mio. Euro) aufgehübscht werden und u. a. eine Rubrik für asiatische Touristen erhalten. Schulungen und Auffrischkurse für Fremdenführer sind mit Geldern aus dem Corona-Fonds ebenfalls geplant. Aus Sorge um den Filmstandort Italien sollen 300 Mio. Euro investiert werden, u. a. für die Cinecittà Filmstudios, damit sie im Wettbewerb mit anderen Standorten, wie den Filmstudios Potsdam-Babelsberg, bestehen können. Weitere 300 Mio. Euro sind vorgesehen, damit endlich viele vom Staat beschlagnahmte Mafia-Gebäude saniert und genutzt werden. Um noch besser über den Klimawandel aufzuklären, wurden 30 Mio. Euro aus dem Fonds für Podcasts, Videos und Printprodukte reserviert. 10 Mio. Euro sollen in ein Zertifizierungssystem für Gendergerechtigkeit fließen, damit sich bis 2026 mindestens 800 Unternehmen eine faire Entlohnung bescheinigen lassen können. Mit 400 Mio. Euro wird zudem weibliches Unternehmertum gefördert.

Natürlich finden sich in den italienischen Förderplänen auch Subventionen für verschiedene Wirtschaftsbranchen. Für den Bereich Industrie 4.0 sind mehr als 13 Mrd. Euro vorgesehen. Die High-tech-Branchen, z. B. die Halbleiterindustrie, soll 750 Mio. Euro erhalten. Die Weltraumindustrie darf sich über 1,5 Mrd. Euro freuen, Hotelketten erhalten Zuschüsse, der Agrarsektor bekommt Gelder für neue Landmaschinen und bessere Lagerlogistik. Wer Gebäude energetisch saniert, dem winkt der „Superbonus“. 110 Prozent der Sanierungskosten können dann von der Steuerschuld abgezogen werden, was allein schon 14 Mrd. Euro kosten soll.

Auch sich selbst hat der Staat natürlich nicht vergessen. Tausende Beschäftigte sollen mit Fonds-Geldern eingestellt werden, um endlich das marode Justizsystem zu stärken. In den Ausbau der regionalen Arbeitsämter wird investiert, ein einheitliches Rekrutierungsportal für den öffentlichen Dienst soll entstehen usw.

Unter dem Strich ist das Italien-Paket also eine Wundertüte an schuldenfinanzierten Projekten. Mit der Corona-Pandemie, die der Anlass für den EU-Fonds war, hat es nur am Rande zu tun. Stattdessen wird vieles, was irgendwie wünschbar erscheint, jetzt mit Krediten aus Brüssel bezahlt, deren Tilgung dann in der Tat die „Next Generation“ zu schultern hat. *Matthias Warneke, warneke@steuerzahlerinstitut.de*

Ein Blick auf Spanien ist ebenfalls interessant. Denn Spanien wurden mit rund 70 Mrd. Euro die meisten EU-Geldgeschenke aus dem rund 800 Mrd. Euro schweren EU-Corona-Fonds („NextGenerationEU“) zugesagt. Das Geld kommt aus neuen EU-Krediten, die die europäischen Steuerzahler in den kommenden Jahren tilgen müssen.

69,5 Mrd. Euro für Spanien sind umgerechnet rd. 1.500 Euro pro Einwohner. Zum Vergleich: Die EU-Zuschüsse an Deutschland betragen pro Kopf nur 300 Euro. Hintergrund ist der EU-Schlüssel, der das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sowie Wirtschaftswachstums- und Arbeitslosenraten berücksichtigt. Nun müssen satte 69,5 Mrd. Euro erst einmal „unter die Leute“ gebracht werden. Dazu hat Spanien, wie jedes Land, umfangreiche Projektpapiere vorgelegt. Mit der Aussicht auf ein derart üppiges Geldgeschenk ist das eine vergleichsweise dankbare Aufgabe. Die Projektpapiere lesen sich daher über weite Strecken wie „Wünsch-dir-was“-Listen. Der größte Einzelposten, fast 10 Prozent der 69,5 Mrd. Euro, ist der Bereich Wohnungsbau und Stadtsanierung. Unter anderem sollen Hunderttausende Wohnhäuser renoviert und 20.000 Sozialwohnungen gebaut werden. Fast so teuer sind die beiden Bereiche „Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ und „Arbeitsmarkt“. Vorgesehen sind zum Beispiel neue IT-Systeme für die Arbeitsämter oder externe Berater für Gender Mainstreaming. Vor allem aber soll der „digitale Wandel“ in den Verwaltungen finanziert werden. Bessere Digitalservices für die Botschaften und Konsulate gehören dazu. Aber auch Werbung für den Corona-Fonds selbst wird mit den

Kreditgeldern finanziert: Infosysteme, Websites und sogar die Anstellung von „mindestens 2 Community-Managern“, die für Social-Media-Präsenz sorgen sollen.

Satte 16 Mrd. Euro fließen in verschiedene Bereiche der Wirtschaftsförderung. Ein besonderer Fokus liegt hier auf der Tourismusförderung. Und das viele Kreditgeld reicht sogar auch, um personalisierte Coachings für Unternehmer, ein „Talentprogramm Frauen“, Abwrackprämien für Firmenfahrzeuge sowie Veranstaltungen und Kommunikationsmaßnahmen für den Wirtschaftsstandort Spanien zu finanzieren.

Bestimmte Branchen werden in separaten Programmbereichen gefördert. Die Landwirtschaft soll z. B. neue Gewächshäuser und unterirdische Bewässerungssysteme bekommen. Für Überwachungen im Fischereisektor plant Spanien diverse Patrouillenschiffe, aber auch Drohnen, Nachtsichtgeräte und eine zweite Firewall für das staatliche Fischereiiinformationssystem zu kaufen. Selbst Investitionen in den Brandschutzbereich muss Spanien jetzt nicht mehr selbst zahlen. Für mindestens 100 Feuerwehren sowie diverse neue Löschflugzeuge und Hubschrauber geht die Rechnung nun nicht an die spanischen, sondern an die europäischen Steuerzahler. Zugleich reicht der EU-Geldregen auch, um das Problem der „Lichtverschmutzung“ in kleinen spanischen Gemeinden durch „bessere öffentliche Beleuchtung“ zu lindern. Oder um Straßen mit Zäunen und Warnschildern gegen Wildtiere auszustatten. Über den EU-Fonds lagert Spanien zudem Kosten im Bildungsbereich aus, z. B. für den Kauf von 300.000 Computern an

Schulen und für die Schaffung von 60.000 Kitaplätzen. Selbst Personalkosten für Lehrer und Erzieher sollen teilweise über den Fonds finanziert werden – wobei Spanien bereits verkündet hat, nach Auslaufen des Corona-Fonds die weitere Finanzierung dieser Personalkosten „auch auf andere EU-Finanzierungsquellen“ zu stützen.

Wie wenig im Übrigen der Corona-Fonds mit Corona bzw. der Stärkung des Gesundheitswesens zu tun hat, zeigt die Tatsache, dass in diesen Bereich gerade einmal 1,1 Mrd. Euro fließen. Das sind keine 2 Prozent der Zuschüsse an Spanien, aber fast so viel, wie jetzt für die „Förderung der Kultur- und Sportwirtschaft“ vorgesehen ist. Tausende von Kulturprojekten werden über EU-Kredite finanziert. Aber auch der Kauf von 750.000 Bibliotheksbüchern sowie Digitalisierungsmaßnahmen im Prado-Museum, im Reina-Sofia-Museum und in der spanischen Nationalbibliothek, obwohl dies alles eine Kernaufgabe des spanischen Staates ist. Eine weitere Posse ist schließlich die Corona-Fonds-finanzierte Sportförderung. Ziel ist es u. a., in Hochleistungszentren zu investieren, internationale Sportevents nach Spanien zu holen und die „Professionalisierung des Frauensports, insbesondere des Fußballs“, zu fördern.

All diese nationalen Maßnahmen und Projekte kann man politisch wollen. Sie dann aber nicht aus eigener Tasche zu finanzieren, sondern mit EU-Krediten, ist ein klares Foulspiel am europäischen Steuerzahler.

Matthias Warneke, warneke@steuerzahlerinstitut.de



EU-Kredite finden kaum Abnehmer

Vor drei Jahren kündigte die EU-Kommission ein großes Corona-Hilfspaket für die EU-Mitgliedstaaten an. Herausgekommen ist der 807 Milliarden Euro schwere Fonds NextGenerationEU, den die Kommission komplett mit Krediten finanzieren will.

Kernstück des NextGenerationEU ist die sogenannte Aufbau- und Resilienzfazilität im Gesamtvolumen von rund 724 Mrd. Euro. Davon sollten rund 338 Mrd. Euro als EU-Zuschüsse und 386 Mrd. Euro als EU-Kredite an die Mitgliedstaaten fließen. Die nicht zurückzuzahlenden EU-Zuschüsse sind inzwischen fleißig nachgefragt worden. Bislang hat die EU-Kommission schon fast 100 Mrd. Euro überwiesen.

Bei den EU-Krediten sieht es ganz anders aus. Obwohl die Kommission mit günstigen Kreditkonditionen wirbt, findet sie kaum Abnehmer. Das kann nicht überraschen. Zuschüsse, also Geldgeschenke, sind natürlich attraktiver als Kredite, die die Mitgliedstaaten an die EU-Kommission zumindest theoretisch irgendwann zurückzahlen müssen. Lediglich Italien ist ein nennenswerter Nachfrager der EU-Kredite, was angesichts des Zustands seiner Staatsfinanzen nicht verwundert. Rund 38 Mrd. Euro hat das Land bereits aus Brüssel erhalten. Zudem haben Griechenland, Portugal, Rumänien und Zypern kleinere Kreditsummen (siehe Grafik) erhalten.

Unter dem Strich sind bislang lediglich 12 Prozent der zugesagten 386 Mrd. Euro EU-Krisenkredite abgeflossen. Die allermeisten EU-Mitgliedstaaten sehen keinen Bedarf oder scheuen den Antrags- und Begründungsaufwand gegenüber der EU-Kommission.

Das ist ein gutes Zeichen. Denn das Füllhorn NextGenerationEU hat ohnehin schon zu einer Vielzahl von fragwürdigen Ausgaben und Projekten im Großen wie im Kleinen geführt. Das lässt sich anhand vieler Beispiele illustrieren. Bis zu 14 Mrd. Euro sind für die energetische Gebäudesanierung in Italien vorgesehen; als Superbonus via Steuererstattung von 110 Prozent der eigentlichen Sanierungskosten! 300 Mio. Euro fließen in die italienische Filmförderung. 114 Mio. Euro sollen in das Tourismus-Online-Portal itala.it gesteckt werden. Spanien will mit dem EU-Geld 20.000 Sozialwohnungen bauen, aber u. a. auch 750.000 Bibliotheksbücher kaufen. Sogar für Maßnahmen zur Professionalisierung des spanischen Frauen-Profifußballs und für Straßenschilder, die vor Wildtieren warnen, reicht das EU-Krisengeld. Portugal kauft mit dem EU-Geld u. a. 600.000 Notebooks für Schüler und Lehrer. Luxemburg gönnt sich mit dem Geld u. a. ein Digitalregister der medizinischen Fachkräfte des Landes und ein verbessertes Online-Portal für die Beantragung von Jagdscheinen.

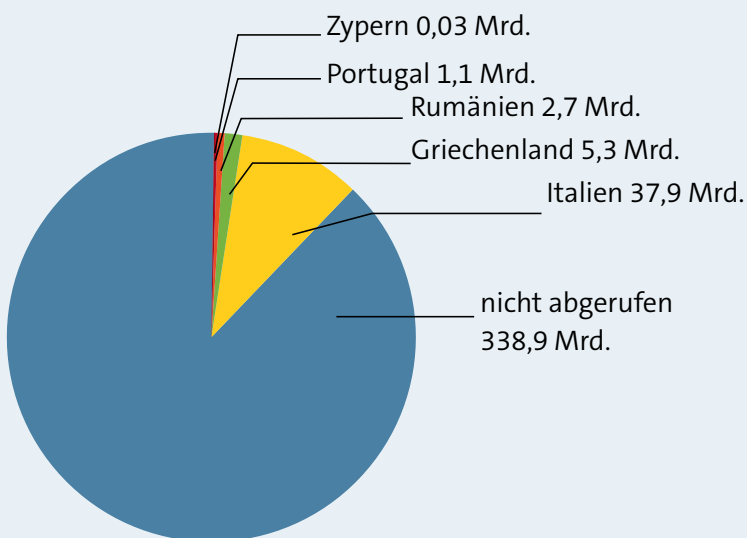
All das kann man politisch wollen, aber dann sollte es auch aus den öffentlichen Budgets vor Ort finanziert werden. Und nicht nur deshalb, weil man die Rechnung nach Brüssel schicken kann.

Doch die EU-Kommission ist weiterhin bemüht, ihre Hilfgelder „unter die Leute“ zu bringen. Sie erinnert regelmäßig an die noch nicht abgerufenen Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität. So können und sollen die Mitgliedstaaten jetzt noch bis Ende April neue Projektideen einreichen, die dann aus Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität bezahlt, aber inhaltlich im Rahmen des neuen REPowerEU-Plans verbucht werden, mit dem die Energiewirtschaft weiter reformiert werden soll.

Gleichzeitig zeigt sich die EU-Kommission recht stolz, durch die Aufbau- und Resilienzfazilität zu einem großen Mitspieler am Kapitalmarkt geworden zu sein und allein im vergangenen Jahr mehr als 100 Mrd. Euro Anleihen begeben zu haben.

Die Erfahrungen mit dem Corona-Hilfspaket, seiner Ausgestaltung und Nutzung zeigen jedoch, dass es heikel ist, große Geldsummen ins Schaufenster zu legen. Zu groß ist dann die Versuchung, Projekte nur deshalb zu starten, weil man sie nicht selbst finanzieren muss.

Matthias Warneke, warneke@steuerzahlerinstitut.de



Nur wenige EU-Länder nutzen das 386 Mrd. Euro EU-Kreditpaket „Next Generation“



Ansprechpartner: Michael Jäger

Taxpayers Association of Europe, Büro München:
Nymphenburger Strasse 118, D-80636 München
Tel.: +49 89 126 00 820 | Fax: +49 89 126 00 847
info@taxpayers-europe.org

Taxpayers Association of Europe, Office Brussels:
Dr. Horst Heitz, Rue de Pascale 22, B-1040 Brussels
Tel.: +32 2 588 15 20
info@taxpayers-europe.org

